



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: Planstellen I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 06 Tit. 422 01 wird der Ansatz von 24.929,5 Tsd. Euro um 20.000,0 Tsd. Euro auf 44.929,5 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 514 21 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Die Verwaltungsgerichte sind seit 2015 durch die Flut an Asylverfahren an ihrer Belastungsgrenze. Bundesweit sind nach Angaben des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter etwa 250 000 Verfahren anhängig. Etwa jedes zweite Verfahren fällt dabei auf Eingaben im Asylbereich zurück, die auch in mehreren Jahren noch nicht abgearbeitet werden können, sollten die Verwaltungsgerichte nicht personell unterstützt werden. Bayern ist das Bundesland, in dem nach Nordrhein-Westfalen die meisten Asylanträge gestellt werden, im Jahr 2020 waren es über 12 000 Erstanträge.

Um Rechtssicherheit zu schaffen und die Bearbeitung zu beschleunigen, Richter zu entlasten, sowie lange Wartezeiten und damit Kosten zu reduzieren, ist eine Erhöhung der Beamtenstellen (Richter) für die Verwaltungsgerichte eine sinnvolle Investition.

* Änderung im Kap. und im Haushaltsansatz

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de - Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.